

Energie- statt Mehrwertsteuer

## Der ökologische Fussabdruck als Massstab

**Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» verlangt, was der Titel sagt. Eine ökologische Steuerreform wollen auch die Grünen und begrüßen deshalb die Initiative.**

Am 17. Dezember 2012 haben die Grünliberalen die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» eingereicht. Sie verlangt, dass nichterneuerbare Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran besteuert werden. Zur Vermeidung wesentlicher Wettbewerbsverzerrungen kann auch graue Energie besteuert werden. Im Gegenzug würde die Mehrwertsteuer abgeschafft. Diese Änderungen würden zu höherer Energieeffizienz führen, erneuerbare Energien fördern und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss vermindern.

### Langjähriges grünes Anliegen

Diese Wirkungen liegen voll auf der energiepolitischen Linie der Grünen. Das Schweizer Steuersystem krankt seit langem an falschen Anreizen. Die Grünen haben daher vor zwanzig Jahren die nötigen Unterschriften für die eidgenössische Volksinitiative «Energie statt Arbeit besteuern» gesammelt. Die Lancierung einer ökologischen Steuerreform kam indessen damals politisch noch zu früh, so dass die Bevölkerung die Initiative 2001 klar ablehnte.

### Preissignale für die Nachhaltigkeit

Seither ist auch der Bundesrat zur Überzeugung gekommen, Steuern auf nichterneuerbaren Energieträgern seien wirksam, um Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung zu vermindern. In einem zweiten Reformpaket will er eine Abgabe zur Stützung der Energiestrategie 2050 vorschlagen. Das ist dringend: Heute lässt sich ohne grosse ökonomische Folgen umweltschädlich wirtschaften. Das muss aufhören. Die Initiative würde die nötigen Preissignale zur Förderung und Entwicklung einer nachhaltigen Ökonomie aussenden.

### Grüner Gegenvorschlag abgelehnt

Trotzdem lehnt der Bundesrat – wie die Mehrheit des Parlaments – die Initiative ab. Die Energiesteuer müsste zu hoch angesetzt werden, sagt er, und mit ihrem Erfolg würde sie immer noch weiter steigen müssen. Vor allem die Exportwirtschaft würde viel stärker belastet und gegenüber ausländischen Firmen grosse Konkurrenz Nachteile erfahren. Die Mehrwertsteuer sei zudem am ertragsreichsten.

Nachteile blieben der Fraktion der Grünen in Bundesbern nicht verborgen. Sie wollte einen direkten Gegenvorschlag, der eine Lenkungsabgabe an die Stelle der Steuer setzte. Zudem hätte er die Mehrwertsteuer beibehalten. Mit einer Abgabe würde der Ertrag direkt an die Bevölkerung zurück- und nicht in die allgemeine Bundeskasse fliessen. Leider lehnte das Parlament den Antrag ab.

### Abwägen zugunsten der Umwelt

So unterstützte die Fraktion schliesslich die Initiative. Die Gegenargumente sind nicht wirklich überzeugend. Letztlich tragen Konsumentinnen und Konsumenten sowohl Mehrwert- wie Energiesteuern. Der Vorteil der Energiesteuer ist ihre lenkende Wirkung. Sie vermindert Umwelt- und Energieverbrauch. Mit der Besteuerung grauer Energie öffnet sich in einer Zwischenphase zudem der Weg hin zur Besteuerung des ökologischen Fussabdrucks. Er muss die Besteuerungsgrundlage der Zukunft sein. Umwelt und Energie wirken sich dann auch preislich aus: Ein grosser Fortschritt.



Louis Schelbert  
Nationalrat Grüne  
Lucerne

Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»

**Parole:**

**JA**

